

Herrn Stadtverordnetenvorsteher

☒ Antrag zur direkten Beratung in StvV  
gemäß § 9 GOSTvV

☐ Antrag über SKA gemäß § 9 GOSTvV

☐ Antrag über BUA gemäß § 9 GOSTvV

☐ Antrag über HFA gemäß § 9 GOSTvV

☐ Anfrage gemäß § 9 GOSTvV

☐ Frage gemäß § 10 GOSTvV

#### Stadtverordnetenvorsteher

Datum

Uhrzeit

Sichtvermerk

#### Schriftführer (in)

Datum

Uhrzeit

Sichtvermerk

#### betr. **Aufhebung des Beschlusses zur Erweiterung von Betreuungsplätzen**

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.10.2013 bezüglich Erweiterung der Betreuungsplätze für Kinder im Alter von 3-6 Jahren zur Sicherung des Rechtsanspruches wird aufgehoben. Der Verein zur Förderung der Integration Behinderter im Taunus e.V. (VzF) ist für die entstandenen Kosten zu entschädigen.

#### **Begründung:**

Am 26.11.2013 hat der Magistrat im Sozial- und Kulturausschuss der Kindertagesstättenentwicklungsplan 2014 vorgestellt. Aus diesem Plan ergibt sich, dass ab dem Kindergartenjahr 2015/2016 bereits 49 mehr Kindergartenplätze in Oberursel vorhanden sein werden, als benötigt. Für das Kindergartenjahr 2018/2019 rechnet die Stadt damit, dass 168 vorhandene Kindergartenplätze nicht belegt werden können. Somit kann auf die Errichtung der 44 zusätzlichen Plätze am Standort „Landwehr“ in Oberstedten verzichtet werden. Es müssen Überlegungen angestellt werden, in welchen Kindertagesstätten künftig das Platzangebot reduziert werden kann, damit keine nicht benötigten Plätze vorgehalten werden.

Da ausreichend freie Plätze in der Kindertagepflege vorhanden sind, kann auf die Errichtung von weiteren Betreuungsplätzen im U3-Bereich verzichtet werden.

Somit kann die Sicherstellung des Rechtsanspruches auch ohne Neubau einer zusätzlichen Einrichtung erfolgen.

Für die neue Kindertagesstätte wurde ein jährlicher Zuschussbedarf von ca. 404.000 Euro ermittelt. Dies über die Dauer von 25 Jahren. Also insgesamt über 10 Millionen Euro. Die Stadtverordnetenversammlung hat am 21.11.2013 das Haushaltssicherungskonzept für die Kalenderjahre bis 2017 beschlossen. Damit im Jahr 2016 der von der Aufsichtsbehörde geforderte Haushaltsausgleich erzielt werden kann, ist für das Jahr 2016 eine weitere Anhebung der Grundsteuerhebesatzes (Grundsteuer B) von 450 auf 625 vorgesehen. Dieser weitere massive Anstieg muss im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger vermieden werden. Im Jahr 2013 betrug der Hebesatz für die Grundsteuer B noch 300.



Georg Braun  
(Fraktionsvorsitzender)